

DJV-Verbandstag 2014

Rede

**DJV-Bundesvorsitzender
Michael Konken**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste!

„Es ist nicht unser Ziel, den Arbeitskampf gesetzlich zu regeln, auch Koalitionsvereinbarungen sollten freiwillig bleiben“. Das schrieb mir Anfang Oktober die Sprecherin der AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast, zum geplanten Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit.

Richtig, Frau Mast. Auf das „sollte“ hätten Sie allerdings verzichten können, da die Tarifautonomie im Artikel 9 des Grundgesetzes garantiert ist. Und: Es ist das verfassungsmäßige Recht, für alle Berufe Vereinigungen zu bilden. Und deswegen ist das Gesetz zur Tarifeinheit verfassungswidrig, weil es die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer de facto abschaffen würde.

„Abreden“, so steht es im Grundgesetz, „die dieses Recht einschränken oder behindern, sind nichtig.“ Namhafte Verfassungsrechtler werten das Vorhaben unisono als verfassungswidrig.

Die Regierungskoalition macht den Kniefall vor den Mächtigen der Wirtschaft. Denen ist die Macht der Gewerkschaften schon seit langem ein Dorn im Auge. Das gilt besonders für Berufsgewerkschaften und lässt sich mit viel öffentlichem Rückenwind – die aktuellen Streiks bei Bahn und Lufthansa beweisen es – fordern.

Auch wir sind eine Berufsgewerkschaft, auch wir würden durch das geplante Gesetz massiv betroffen. Aus unserer Sicht ist es besonders ärgerlich, dass auch der DGB in das populistische Horn bläst. Wohl in der Hoffnung, lästige Mitbewerber billig loszuwerden.

Künftig darf nur noch diejenige Gewerkschaft einen Tarifvertrag abschließen, die in einem Betrieb die meisten Mitglieder hat, so ist es das Ziel der Bundesregierung. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Verstoß gegen die Tarifautonomie, das ist das Negieren eines Grundrechts.

Dagegen müssen wir alle aufstehen, uns dagegen mit aller Kraft wehren!

Der DJV hat als Gewerkschaft eine klar umrissene Aufgabe. Eine, die Arbeitskämpfe, Verhandlungen und Abschlüsse einschließt.

Es geht für uns um das Grundrecht unserer Mitglieder, Arbeitsbedingungen zu entwickeln, unter notwendigen Umständen auch durch Arbeitskämpfe. Dass muss so bleiben!

Zurzeit spricht wenig dafür, dass die Regierungskoalition dieses Vorhaben stoppt. Der Weg vor das Bundesverfassungsgericht ist auch für uns folgerichtig und logisch.

Wir haben bisher jede Möglichkeit genutzt, in intensiven Gesprächen die Politik von unserem Standpunkt zu überzeugen.

„Wer unter Zwang kooperieren muss, wird nicht zu einer befriedigenden Lösung kommen“, schrieb mir Katja Mast noch. Und weiter: „Deshalb sind wir nicht dafür, dass Gewerkschaften per Gesetz zur Kooperation gezwungen zu werden.“

Dann, liebe Regierungskoalitionäre, gibt es nur eine Konsequenz: Beerdigen Sie endlich das Vorhaben, bevor es die bewährte Tarifautonomie in Deutschland zerstört!

Bleiben wir bei der Bundesregierung. Während des BDZV-Zeitungskongresses lobte BDZV-Präsident Helmut Heinen die Rolle der Zeitungen in einer, Zitat, „zunehmend atomisierten Informationskultur“. Sie (also die Zeitungen) seien Garanten für professionell recherchierte Nachrichten.

Nicht ganz gefallen haben dürfte der versammelten Verlegerschar die Feststellung der Bundeskanzlerin, „Verleger sollten nicht der wirtschaftlichen Versuchung erliegen, durch massive Einsparungen im redaktionellen Bereich die Substanz aufs Spiel zu setzen“.

Leider geht so etwas bei den Verlegern ins eine Ohr hinein und gleich aus dem anderen heraus. Bloß keine verlegerischen Denkvorgänge durch kluge Hinweise stören.

Die Kanzlerin sprach aus, was wir schon jahrelang laut und deutlich fordern. Gute Qualität können nur personell gut ausgestattete Redaktionen leisten – und das hat seinen Preis.

Ich befürchte, unser gemeinsamer Ruf wird verhallen. Die Verleger werden nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Trotzdem rufe ich ihnen noch einmal zu: „Garantieren Sie Qualität durch gut ausgebildetes, durch ausreichendes Personal und leistungsgemäße Bezahlung, auch und besonders für freie Journalistinnen und Journalisten!

In diesem Zusammenhang muss ich auch der Politik einen Spiegel vorhalten. Während immer mehr Politiker die personellen Einsparungen im Zeitungsbereich kritisieren, wird massiv Druck auf die Programmautonomie der öffentlich-rechtlichen Sender aufgebaut.

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) schreibt den öffentlich-rechtlichen Sendern vor, wie viele Stellen bei Festangestellten und Freien zu streichen sind. Gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen sind betroffen und fürchten um ihre Berufsperspektive. Besonders sie sind es, die mit frischen Ideen mehr jüngere Zuschauer für die öffentlich-rechtlichen Sender interessieren könnten. Die Ministerpräsidenten können nicht einerseits einen Jugendkanal fordern, der genau dieses Ziel verfolgt, andererseits aber diejenigen wegfinanzieren, die dieses Ziel realisieren könnten.

Dass der Finanzbedarf von ARD und ZDF kritisch geprüft wird, ist verständlich und wichtig, um den Rundfunkbeitrag korrekt zu bemessen. Es muss aber den Sendern selbst überlassen werden, wie sie ihre Mittel einsetzen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf drei Themen hinweisen:

1. Mit unseren Papieren „Zukunft des Journalismus“ und „Finanzierung des Journalismus“ haben wir für den DJV wichtige Positionen festgelegt und Forderungen an Politik und Medienunternehmen formuliert.

Ich danke allen, die in den vergangenen Monaten intensiv mitgemacht haben, in den Landesverbänden und den Fachausschüssen. Ich wünsche mir, dass diese Papiere fortgeschrieben werden. Niemand weiß, wie die Zukunft des Journalismus wirklich wird. Immer wieder werden wir vor der verantwortungsvollen Aufgabe stehen, die Perspektiven neu zu beschreiben und in der Praxis Antworten zu finden.

Das ist uns in der Vergangenheit trotz aller Widrigkeiten immer wieder gelungen. Der letzte Tarifabschluss im Zeitungsbereich ist hierfür ein noch aktuelles Beispiel.

Was mir immer mehr Sorge macht, ist die Gleichgültigkeit, mit der Verleger und Politik die Fragen zur Zukunft und zur Finanzierung des Journalismus behandeln.

Als ich vor zwei Jahren das Thema der Finanzierung während unseres Verbandstags zum ersten Mal massiver ansprach, gab es auch in unseren Reihen viele Kritiker. Aus dieser Kritik ist mittlerweile das bereits erwähnte Papier entstanden, das Basis für weitere Überlegungen und Handlungen sein muss. Ich hoffe, dass die Diskussion im DJV helfen wird, dieses Thema endlich in die breite Öffentlichkeit zu tragen und Lösungen zu finden. Ansonsten werden uns künftig Unternehmenszeitschriften die öffentliche Meinungsbildung abnehmen.

Dort wurden die Lücken der journalistischen Berichte bereits erkannt. Nachrichten und PR verbinden sich für Ziele und Interessen von Unternehmen. Schon jetzt werden Millionen von Menschen mit diesen Publikationen erreicht, die sich – gut gemacht – auf den ersten Blick nicht von rein journalistischen Produkten unterscheiden.

2. Wir benötigen einen neuen Ausbildungstarifvertrag, der die 1990 vereinbarten Ausbildungsinhalte aktualisiert und festhält. Der das festschreibt, was junge Menschen heute benötigen, um für unseren Beruf gerüstet zu sein. Wir haben das Thema bereits Anfang Oktober mit Experten aus Aus- und Weiterbildung einschließlich der Wissenschaft diskutiert.

IQ, die Initiative Qualität im Journalismus, beschäftigt sich damit und wir werden dieses Thema in einer Fachkonferenz am 3. März in Bonn in den Mittelpunkt

stellen. Ich danke schon jetzt dem FA Junge, dessen Mitglieder bereits Vorschläge unterbreitet haben.

3. Unser internationales Engagement steht auf dem Prüfstand, nachdem wir in unseren Reihen erfolgreich gegen Wahlmanipulationen vorgingen. Unregelmäßigkeiten auf internationaler Ebene werden wir nicht dulden.

Die Ungereimtheiten bei der Wahl des IJF-Präsidenten während des vergangenen Weltkongresses sind nicht ausgeräumt. Für unseren Mitgliedsbeitrag erwarten wir eine internationale Arbeit, die effektiv ist und den Journalismus weltweit fördert. Sind für uns erkennbare Inhalte nicht mehr gegeben, werden wir andere Wege suchen, um die internationale Hilfe für Journalisten zu leisten. Wir haben der Spitze der IJF eine Frist gesetzt, unsere Fragen zu beantworten und Klarheit zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

abschließend sage ich allen Dank, die im vergangenen Jahr sich wieder für den DJV und unsere Ziele engagiert haben: den Landesverbänden, den Fachausschüssen, meinen Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsstelle mit Kajo Döring an der Spitze, dem ich besonders für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit danke.

Der Journalismus lebt und wird weiter seinen unverzichtbaren Stellenwert in unserer Gesellschaft haben. Wir alle haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen. Gemeinsam werden wir dies auch in Zukunft tun, weil wir wissen, dass nur wir selbst es in der Hand haben, die erfolgreiche Zukunft des Journalismus erfolgreich zu mitzugestalten.